

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16,
Musterhauser Straße 15.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 2746/47
Redakteur: Emil Dittmer.

Reichsaktion:
„Gesundheitswesen.“

Erscheint wöchentlich, Freitags.
Bezugspreis: vierteljährlich durch
die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mark.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 2746/47

Zur Gewerkschaftsorganisation der Schwestern!

S haben wir das Recht und damit auch die Pflicht, die staatlich geprüften Krankenpflegerinnen (Schwestern) in ihrer Organisation aufzunehmen? Diese Frage werden wir in jeder Beziehung bejahen können. Wollen wir aber dieses Recht, das für alle Arbeitnehmer eine Koalitions-pflicht sein müßte, praktisch durchsetzen, wird es vieler Arbeit und Mühen bedürfen. Ein Stück Vorarbeit soll mit den nachfolgenden Zeilen gegeben werden. Vielleicht, daß damit bei Hunderten, wenn möglich bei Tausenden von Krankenschwestern ein weiteres Stück Arbeit, die Nachprüfung der ausserrollten Fragen geleistet wird. Diese Arbeitsleistung wird hoffentlich in sehr vielen Fällen dahin führen, auch die Forderung, die sich aus der Schlussfolgerung ergibt als berechtigt anzuerkennen.

Betrachten wir also die Frage ob, wie und wo die Schwestern (weltlicher wie religiöser Art) zurzeit organisiert sind. Meist eine Vorfrage nach der Ziffer der Beschäftigten. Eine im Jahre 1910 von der Reichsregierung aufgenommene Statistik zeigt uns, daß insgesamt in 5000 Anstalten 65 000 Krankenpfleger und -pflegerinnen gezählt wurden. Auf einer Konferenz, die am 25. 9. 1919 im Reichsarbeitsministerium stattfand, wurde von den Vertretern der geistlichen-Orden behauptet, daß rund 110 000 Pfleger und Pflegerinnen den Orden angehören. Diese Ziffer erscheint uns reichlich hoch gegriffen. Es ist nicht nachzuprüfen, ob alle diese einem geistlichen Orden angehörenden Schwestern und Pfleger auch tatsächlich sich in der Krankenpflege betätigen. Wenn wir aber stark abstreichen und annehmen, daß weltliche und geistliche Krankenpfleger und -pflegerinnen zusammen rund 110 000 betragen, so steht die Ziffer der organisierten immer noch zu der Zahl der Beschäftigten in einem argen Mißverhältnis.

In der Reichsaktion „Gesundheitswesen“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind zurzeit über 40 000 Organisierte vorhanden; davon gehört die Hälfte, 20 000, zum Pflegepersonal. Alle anderen Organisationen verschwinden demgegenüber. Die „Vernfsorganisation der Schwestern“ zählte 1917: 3675, 1918: 4222 und mag zurzeit vielleicht 5000 zählen. Der Streiterische Verband christlicher Gewerkschaften wies am Jahreschluss 1918 im ganzen 908 Mitglieder auf, davon 400 weibliche. Nach Angabe auf dem 3. Delegiertentag sind jetzt gegen 4000 christlich organisiert. Es sind dann vielleicht noch einige Tugende von Standesvereinen vorhanden. Das Gros der Pfleger und Pflegerinnen in den religiösen Orden, Schwesternheimen, Diakonissenanstalten usw. soll etwa 110 000 (aktiv und passiv) zählen. Diese Schwestern sind „auch organisiert“ in unzähligen von Orden, Mutterhäusern usw. Hier sind die Arbeitnehmer — ein kaum wiederkehrender Fall — in der Organisation der Arbeitgeber zusammengeschlossen. Das Organisationsverhältnis rangiert vom Standpunkt eines Gewerkschaftlers betrachtet, noch hinter die Welken.

Die Notwendigkeit starker Organisationen im Geiste der freien Gewerkschaften ist aber wie in keinem anderen Berufe gegeben. Die Schwestern der religiösen Orden usw. sind wirtschaftlich — als Mensch, als Staatsbürger — so abhängig von ihrem Orden usw., daß man dieses Verhältnis nur als moderne Leibeigenschaft bezeichnen kann. Jeder freie Wille ist ausgeschlossen. Ein Verfügungsrecht steht ihnen kaum zu, weil den

selben eben nichts gegeben ist, über das sie verfügen können.

Ob von einem so willens- und wesenslosen Menschen wirklich eine wahre Liebestätigkeit ausgeübt werden kann, erscheint physiologisch wie psychologisch sehr zweifelhaft. Dafür brachte das „Mölnner Tageblatt“ seinerzeit einen authentischen Beweis. In der Generalversammlung der katholischen Elisabethenvereine stellte ein Professor Cohaus (Aöln-Deutz) fest, daß von 2 000 000 Neugeborenen 400 000 im ersten Jahr starben. Diese Säuglingssterblichkeit (fast einem betlehemi-schen Kindersterben vergleichbar — D. R.) wird neben der mangelhaften Ernährung der Mütter hauptsächlich bedingt durch den Mangel an Aufwartung und Pflege. „Hier muß entschieden Wandel geschaffen werden. Ordens-schwestern haben zum größten Teil diesen Zweig der christlichen Karitas abgelehnt.“ Als Grund und Entschuldigung führte der Professor an, weil sie (die Ordensschwestern) „die Gottgeweihten“ nur die reinsten Bilder in Phantasie und die höchsten Gefühle im Herzen dulden, wird es ihnen keiner verdenken, der für die jugendfräuliche Psyche — — — Verständnis gefunden hat. Darum müssen weltliche katholische Pflegerinnen eingestellt werden.

Wir fürchten, daß auch heute noch die religiöse Ordens-schwester nur zu oft ein Instrument für die Kirche und deren Zwecken dienstbar ist. Das Schlusswort des angeführten Referats lautet: „Es gilt, die notleidende Menschheit, es gilt Mutter und Kind, es gilt unsere heilige Kirche.“ Die Krankenpflege scheint hier sehr oft nur ein Mittel zu sein zu dem Zweck „vor allem die Interessen unserer Kirche“ zu wahren, wie der Herr Professor Cohaus sich ausgedrückt hat. Die Krankenpflege der religiösen Orden wird also hiernach nicht in erster Linie im Interesse der Kranken, sondern des Ordens und der Kirche ausgeübt. Diese Institutionen beuten die Arbeitskraft der Schwestern und Pfleger in der unerhörtesten Weise aus. Die Folgen dieser Ausbeutung zeigen sich am klarsten in den nachfolgend angeführten Sterblichkeitsziffern usw.

Etwas, aber nicht viel besser, stand und steht auch heute noch ein Teil der Schwestern in den weltlichen Vereinigungen da. Einer schrankenlosen Ausbeutung ist der größte Teil auch der Schwestern ausgesetzt. Ob das im Namen der Religion, der Kirche, der freien Liebestätigkeit oder sonst einer schönen Phrase geschieht oder in der Privatkrankenpflege, das ist ganz nebensächlich.

Diese durch nichts gehemmte Ausbeutungsmöglichkeit der menschlichen Arbeitskraft geht über Leichen. Mit beinahe tödlicher Sicherheit ist die Garantie frühen Siechtums und Sterbens dem weiblichen Weien gegeben, das den Schwestern-beruf ergreift, und nicht zur rechten Zeit aufgibt oder aufgeben kann.

Eine im Jahre 1910 herausgegebene Statistik der „Vernfsorganisation der Schwestern“ berichtet über die Folgen der überlangen Arbeitszeit usw. folgendes: „daß bis zum Ablauf des 10. Dienstjahres 986 Schwestern überanstrengt waren und im dreißigsten Lebensjahre 739 von

1050 Schwestern. Ganz überwunden wird diese erste Ueberanstrengung nie." Die Folgen zeigen sich in Gestalt von außerordentlich hohen Sterblichkeitsziffern. Im Bericht vom Jahre 1918 wird festgestellt, daß bei 3500 Mitgliedern 61 Todesfälle zu verzeichnen waren. Das ergibt einen kaum glaublich hohen Prozentfuß von 17,4 auf 1000. Die 61 Sterbefälle verteilen sich auf folgende Lebensalter:

18 Schwestern im Alter von 23 bis 30 Jahren	45
29 " " " " " " " "	40
12 " " " " " " " "	50
4 " " " " " " " "	59
Summa	61

75 Proz. der Schwestern sterben also vor dem 40. Lebensjahr. Eine andere Feststellung berichtet, daß von 42 Schwestern, die vor dem 25. Lebensjahr in den Beruf eintraten, 34 Schwestern schon vor dem 40. Lebensjahr ihren Entschluß mit dem Tode besiegelten. Weiter wird berichtet, daß von 54 Todesfällen 7 durch Selbstmord herbeigeführt wurden. Die Ursache hierzu war in allen Fällen durch die Ueberanstrengung im Berufe gegeben. Mit 8½ Jahren im Durchschnitt ist die Arbeitskraft der Schwestern aufgebraucht, so berichtet dieselbe Organisation. Die Selbstmordziffer war beispielsweise im Jahre 1909 bei 35 Todesfällen sogar 7. Eine 1903 von Alfred von Lindheim veröffentlichte Statistik stellt folgendes fest: Bei allen katholischen Orden sterben im Durchschnitt 63 Proz. an Tuberkuloseerkrankungen. In einzelnen Orten steigt diese Ziffer auf 70 bis 100 Proz. Das bayerische statistische Landesamt stellte vor dem Kriege fest, daß bei den bayerischen Ordensschwestern 56 Proz., beim Roten Kreuz 30 Proz., den freien Schwestern 33 Proz. Todesfälle durch Tuberkuloseerkrankungen bedingt waren.

Das sind Erscheinungen, die nicht zu verschweigen waren. Wer aber das alles aufdecken könnte, was schamhaft mit dem Mantel (der Liebe) des Eigennutzes zugedeckt wird. Vermehrtes Grauen und Abscheu vor solchen Zuständen würde bei allen Menschen erweckt werden. Eine Abschwächung erfahren diese Zustände nur dadurch, daß sehr viele Krankenpfleger und Schwestern den Beruf aufgeben.

Diese Verhältnisse bleiben nicht ohne Rückwirkung auf die soziale Lage des übrigen Anstaltspersonals. Am augenscheinlichsten tritt das in die Erscheinung, wo weltliches Betriebs-, Haus- und auch Pflegepersonal neben den religiösen Ordensschwestern arbeitet. Die Anstaltsleitungen werden meist, ohne Hemmungen durch die gewerkschaftliche Organisation, auch das weltliche Personal derselben Ausbeutung unterwerfen. In ihren arbeiterfeindlichen Taten werden sie — o Fronie der Weltgeschichte — Unterstützung bei den Märdern der sogenannten werktätigen Christenliebe finden. Ein Beispiel für Tausende: Im Oktober (1919) wurde uns berichtet, daß in Steele a. d. Ruhr ein Pfleger 50 bis 70 Mk., eine Pflegerin 25 Mk. pro Monat Barlohn erhält. Arbeits-

zeit fast ohne Pausen von früh bis in die sinkende Nacht 14 bis 16 Stunden. Dazu eventuell noch nächtliche Hilfeleistung. Auf eine Beschwerde erklärten die frommen Schwestern, daß es ihnen auch nicht anders gehe. Weil sie übermäßig ausgebeutet werden, müssen das andere auch über sich ergehen lassen. Das ist eine ganz sonderbare Moral von Nächstenliebe.

Das damit Hunderte, Tausende von Arbeitskräften brotlos bleiben, durch Hunger und Elend — Krankheiten, Siechtum — frühem Tode überantwortet werden könnten, und durch eigenes Siechtum auch die ihnen anvertrauten Kranken gefährden, schiert die Schuldigen — die Anstaltsleitungen — nicht. Sparen und Verdienen wird auch in der Krankenpflege „Groß“ geschrieben. Man ist darum auch ängstlich bemüht, das teure, weltliche Personal möglichst auszuschalten. Das wird sich ebenso auch da zeigen, wo die weltliche Schwesterpflege von denselben Gesichtspunkten aus durchgeführt wird. Und das geschieht im Uebermaß. Wer sich der Mühe unterzieht, das Verbandsorgan der Berufsorganisation der Schwestern „Unter dem Lazaruskreuz“ daraufhin durchzuleiten, wird das bestätigt finden. 70 bis 100 Mk. Barlohn pro Monat wird heute den staatlich geprüften, langjährig tätigen Schwestern geboten. Das durch den Krieg bedingte Ueberangebot wird von den Anstaltsleitungen in der schäblichsten Weise ausgenützt.

In einem Artikel der „Kallischen Zeitung“ vom 19. Oktober 1919 wird behauptet, daß die freien (weltlichen) Pflegepersonen als die bezahlten Krankenwärter niedriger eingeschätzt werden, als die im Krankendienst stehenden Mitglieder der religiösen Gemeinschaften (die natürlich schlechter bezahlt werden und wegen ihrer Billigkeit „gehäht“ werden). Die Anstaltsleitungen, behauptet man, werden, wenn der Achtundentag eingeführt wird, „ausschließlich die Mitglieder der religiösen Gemeinschaften“ einstellen. So würde (das ist als Drohung aufzufassen) „ein großer Teil des freien Pflegepersonals überflüssig und brotlos werden“. Zur Ausföhrung dieser Drohung hofft man die Stinke der Geizgubung benutzen zu können.

Diese Schmutzkonkurrenz, das können wir mit Arg und Recht sagen — ausübt durch ein ganz raffiniertes Zwischeneinkommen —, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Vergewalter und Verkäufer der menschlichen Arbeitskraft bedienen sich noch des doch verbotenen Tucksystems. Der Lohn, der jedem Menschen für geleistete Arbeit zusteht, wird der religiösen Schwester zumeist nur in Naturalbezügen gewährt. Die Ordensleiter behaupten freilich, sie sorgen wie ein Vater resp. Mutter für ihre große Familie. Zumeist ist aber das Wort „Stief“, im schlimmsten Sinne aufzufassen, davorzusehen.

Gewerkschaftliche Selbsthilfe der religiösen Schwester hiergegen ist vorläufig fast unmöglich. Darum

Sammelweis.

Von Baron Alfred von Berger.

(1. Fortsetzung.)

Am liebsten hätte Sammelweis direkt, durch die Gewalt seines Willens, den Bedürfnissen von der eigenen Lebensfülle gespendet. Ja, er hatte Momente, in denen die überschäumende Empfindung der Menschenliebe in seiner klopfenden Brust bis zum Gefühl der Allmacht answoll, und er nicht begriff, warum er nicht eigentlich so gut wie einst der Heiland durch Worte und Berührung Kranke zu heilen und Tote zu erwecken vermöge. Er trug den kindlichen Glauben in sich unbewußt, daß die Natur in dem männlichen Schoß, aus dem Krankheiten und Tod herauswachsen, auch die Arzneien verborgen müsse, durch welche Krankheit und Tod überwunden werden können. Er konnte nicht fassen, daß die ärztliche Wissenschaft in tausendjähriger Anstrengung ihr diese hilfreichen Geheimnisse nicht längst entrisen habe. Im schweigendem Gestein, in der lautlos wachsenden Pflanzenwelt, im Wehen der Luft, in der wohligen Sonnenwärme ahnte er das Dasein unbekannter Heilkräfte, die sich danach sehnen, von einem Sonntagkind aufgefunden zu werden, um den Kranken Genesung einzufloßen. Eine Natur, die tausendfältiges Siechtum schafft und nicht auch Gegenmittel, es wieder aufzuheben, diese Vorstellung empfand er als absurd. Darin lag ein Unrecht und eine Bosheit, die ihn empörten. Die entdeckterische und erfinderische Geisteskraft schien ihm den Menschen zu dem Zwecke verliehen, um diese

unerträgliche Unordnung auszugleichen. Daß in allem sinnvolle Gerechtigkeit walten müsse, war ihm so selbstverständlich wie sein eigenes Dasein. Diese Gefinnungen verdeckte er sich zu klaren Gedanken, aber sie waren in seinem Lebensgefühl vorhanden und wirkten.

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen der Geist der Wiener medizinischen Schule, obwohl er ihre Häupter, allen voran Rokitansky und Skoda, wie Propheten anstaunte und verehrte, zuweilen auf Sammelweis wirkte, wie ein Stück Eis auf eine blutwarme Hand.

Diese geistesgewaltigen Männer schränkten mit bewusster Absicht die wissenschaftliche medizinische Arbeit ein auf Erkenntnis der Krankheiten. Der eine beschrieb aufs genaueste die Veränderungen der Organe, welche die Sektionen an Leichen der an verschiedenen Krankheiten Verstorbenen ergaben, der andere suchte scharfsinnige, auf Verwertung der Physik begründete Methoden zu erfinden, um diese krankhaften Veränderungen schon dem lebenden Organismus abzuklopfen und abzuhören. Wenn das Ergebnis der Diagnose am Lebenden nachher mit dem Sektionsbefund am Leiten übereinstimmte, so war dies der höchste Triumph der medizinischen Wissenschaft. Ja, im Munde der übertreibenden Schüler und Nachbeter schien diese Uebereinstimmung sogar ihr einziger Zweck zu sein. Das, was Sammelweis die Haupttatsache war, die Heilung, wurde mit Gleichgültigkeit betrachtet. Ja, unter den jungen Ärzten war es Mode, die Möglichkeit, einen pathologischen Prozeß durch Heilmittel im günstigen Sinne zu beeinflussen, entweder mit absoluter Stupis zu behandeln oder diese Frage einem

verlangen wir als Organisation Schutz gegen die unlautere Konkurrenz durch die Geizhabe. Das geschieht auch im besonderen Interesse der Schwestern in den oben gekennzeichneten Anstalten.

In der Beziehung muß auch der politische Einfluß der Arbeiterklasse in den Gemeinden sich Geltung verschaffen. Jeder Arbeiter will seine Ware gegen unlauteren Wettbewerb geschützt sehen, der menschlichen Arbeitskraft darf dieser Schutz erst recht nicht verjagt werden.

Leicht ermöglicht wird dies, wenn auch die sogenannte religiöse Schwesternpflege unter dieselben gesetzlichen Bestimmungen betr. Arbeitszeit, Arbeiterschutz, soziale Versicherung usw. gestellt wird als das andere Anstaltspersonal.

Damit ist den Schwestern in ihrer Gesamtheit erst die Möglichkeit gegeben, wahre Liebestätigkeit, weil freiwillig von freien Menschen geleistet, auszuüben. In allen Zweigen der freiwilligen Wohlfahrtspflege werden Tausende von Hilfskräften verlangt. Ein Betätigungsfeld ist wohl gegeben.

So konjunktiv als die Männer es bis zur Revolution zum großen Teil waren und auch heute noch teilweise sind, sind natürlich auch die Frauen. Gegen das Beharrungsstreben im alten Gleise anzukämpfen, ist sehr schwer. Besonders dann, wenn allein das überredende Wort als Kampfmittel in Anwendung kommt. Wir hoffen und erwarten darum nur, daß unser Ruf an die gesamte Schwewerenschaft doch hier und da auf fruchtbaren Boden fallen werde. Eine wird zur andern kommen müssen. Mit ganz besonderer Mühe wird der Kampf verknüpft sein, nur durch die werdende Organisation auch für die gesamte Schwesternschaft menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Aus unserer Bewegung

Freiburgheim. Unsere Organisation ist inzwischen auf 68 Mitglieder angewachsen. Das ermöglichte uns, bei den Verhandlungen mit dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden einen günstigen Lohnsatz durchzusetzen. Auch der Achtstundentag ist erreicht. Die Erfolge werden der Kollegenchaft ein Ansporn sein, durch eifrige Mitarbeit am weiteren Ausbau und der Stärkung unserer Organisation zu schaffen, um die erlangten Vorteile zu erhalten und dem weiteren Aufstieg in der Lebenslage des Personals die Wege zu ebnen.

Hamburg. Die Bewegung der Bademeister und Bademeisterinnen in den Hamburg-Altonaer Kur- und Badeanstalten ist nun mit einem vollen Erfolg abgeschlossen worden. Am 30. September wurden Lohnverordnungen in Höhe von 100 M. pro Monat geordert. Mit Wirkung vom 1. Oktober an bewilligte die Verwaltung 50 M. und verlangte von uns den Abschluß eines Tarifvertrages. Wir lehnten den Abschluß des Tarifvertrages ab und verlangten zunächst Auskunft über die Stellung der Verwaltung zur Gewährung einer Wirtschaftsbeteiligungsstelle. Um dieser Wirtschaftsbeteiligungsstelle aus dem Wege zu gehen, hat die Verwaltung nun am 1. November weitere

50 M. monatlich bewilligt, so daß unsere Forderung vom 30. September d. J. zunächst erledigt ist. Es erhalten nunmehr Bademeister im 1. Jahre 340 M. monatlich, Bademeisterinnen im 1. Jahre 280 M. monatlich. In den ferneren Dienstjahren werden monatlich 10 M. mehr gezahlt. Auch heute noch stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir diese Löhne tariflich nicht festlegen können. Es sind die schlechtesten Löhne, die gleichem Personal in Hamburg und Umgebung gezahlt werden. Die Verwaltung der Hamburg-Altonaer Kur- und Badeanstalten muß von uns gedrängt werden, ihre Geschäftsführung so einzurichten, daß sich die Existenz der Beschäftigten nicht mehr nach der Höhe des Trinkgeldes zu richten braucht.

Moskau. In der Generalversammlung der Filiale gab Kollege Reder in Geschäftsbericht. Ueber die Bewegung in den Krankenhäusern und Kliniken machte er folgende Ausführungen. Der Krankenpflegeverein ist im Februar 1919 geschlossen zu uns übergetreten. Ein noch bestehender Verein ist trotz mehrfacher Verhandlung nicht dazu zu bewegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Kliniken, sowie in Geklöheim waren sehr betrübende. Es war daher Aufgabe der Organisation, hier menschenwürdige Zustände zu schaffen. Die Monatslöhne betragen vor dem 1. April 1919 durchschnittlich 25 bis 30 M. pro Monat für das weibliche Personal und 48 M. pro Woche für das männliche Personal. Der erste Tarifabschluß brachte für das weibliche Personal ein Monatsgehalt von 245 bis 350 M. Diese Sätze wurden für das männliche und weibliche Personal in einzelnen Lohnstufen gleichgestellt. Für Überstunden wurde 150 M. pro Stunde gezahlt. Die Nachzahlungen, die sich aus dieser Aufbesserung ergaben, bewegten sich pro Kopf zwischen 900 bis 1500 M. Das war ein glänzender Erfolg der Organisation, und dieser Erfolg brachte so nach und nach alle Saumseligen auf den Weg, der zur freien Gewerkschaft führte. Heute ist es nur noch ein beschwindender Teil, der uns noch fernsteht. Wenn wir uns auf diesen Erfolgen unsere Lehre ziehen, so muß es in Zukunft unsere Aufgabe sein, fest zur Organisation zu stehen, damit wir den an uns heranretenden Stürmen und Anforderungen standhalten können.

Schleswig. Nach langem Warten, eingereicht war der Tarif bereits Anfang Juli, kam es endlich am 9. Dezember zum Abschluß eines solchen für das nichtbeamtete Warte- und Dienstpersonal der Provinzial-Heil- und Pflanzanstalten Schleswig, Stadtfeld, Osterberg und Neustadt. Wenn auch die gestellten Forderungen nicht risikolos bewilligt wurden, so kann doch ein leidlicher Erfolg festgestellt werden. Wiederholt waren die Anträge genannten Personals mit der Begründung hinausgeschoben, daß erst der neue Provinzialausschuß zu der Sache Stellung nehmen sollte. Trotzdem gelang es, jedoch erst nach vielfachem Vorgehen der Leitung, den alten Ausschuß zu bewegen, noch in der Tariffrage der nichtbeamteten Angehörigen zu beraten. Wider Erwarten wurde der Antrag auf Auszahlung der Beschaffungsbeiträge an das nichtbeamtete Personal mit der Begründung abgelehnt, daß die Löhne für ausreichend erachtet wurden, die Bewilligung von Teuerungszulagen sich erübrigt. In den meisten Krankenhäusern haben die Lohnangehörigen Beschaffungsbeiträge erhalten und ist der Grund, weshalb diese nicht an vorgenanntem Personal bewilligt werden, unverständlich, da doch die bewilligten Löhne sich, anderen Anstalten gegenüber, noch in sehr bescheidenen Grenzen bewegen. Michowierfeld ab 1. Oktober 1919 wurden die Löhne bewilligt und

zukünftigen, noch unabsehbar weit entfernten Stand der medizinischen Erkenntnis aufzusparen. Dieser Zustand kam Semmelweis vor, als ob die medizinische Wissenschaft selbst schwer erkrankt wäre. Dies machte ihn aber keineswegs lau in seinem leidenschaftlichen Bestreben, so viel Wissen wie nur irgend möglich in seinem Kopf anzusammeln. Wenn er nur erst alles wüßte, dann, meinte er, würde er mit seinen guten Augen, seinem raffinierten Gehirn und seiner allmächtigen Liebe schon selbst der Natur allerlei Mittel abtrogen und ablisten, um zu heilen, zu lindern und zu verhüten.

Dieser, Semmelweis bis zur Unheimlichkeit fremdartige Geist der Wiener medizinischen Schule war für ihn, der sich alles anschaulich und persönlich vorstellten mußte, verkörpert in dem Professor der gerichtlichen Medizin, Kolletschka. Dieser war nur um wenige Jahre älter als Semmelweis. In früherer Erscheinung, geistiger Anlage und Charakter war er der genaue Widerpart Semmelweis'. Er war blaß, hager und dünnhäutig, die Nase lang und leicht gebogen, die Lippen schmal; er lächelte selten und, wenn er es tat, mit spöttischem Ausdruck. Dieser klare, kühl, durch und durch ernsthaft, aber, wie es schien, jeder warmen Empfindung baren Mensch glaubte in der medizinischen Wissenschaft an gar nichts, als an die Anatomie. Gegen die herkömmliche Therapie begte er die tiefste Verachtung. Vorläufig gelte es, die ärztliche Wissenschaft von Grund auf neu aufzubauen, meinte er, und das dürfte so lange dauern, daß Semmelweis, wenn er seinen Drang, der leidenden Menschheit zu Hilfe zu kommen, nicht zurückhalten könne, am besten täte, vorläufig aus der Welt zu ver-

schwinden und in einigen hundert Jahren wieder zur Welt zu kommen. Alles, was er sagte, war voll ähnder Ironie. Etwas von der grausamen Gleichgültigkeit der Natur gegen menschliches Leben und Leiden schien beim Studium der Natur in ihn übergegangen zu sein. Auch im Leben war er Pessimist. Das Dämmste und Gemeinste habe immer eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, war einer seiner Lieblingsätze. Die Ruhe und Klarheit, mit welcher er, in etwas schleppender Redeweise, solche und ähnliche Thesen bewies, als ob es geometrische Lehrsätze wären, konnten den temperamentvollen Semmelweis aus der Haut fahren machen, was Kolletschka offenbar Vergnügen bereitete, denn nie war er ironischer als Semmelweis gegenüber. Dieser innere Gegensatz, der sich bis auf den Geschmack im Essen und Trinken erstreckte, verhinderte nicht, daß zwischen Semmelweis und Kolletschka eine enge Freundschaft bestand. Sie konnten ohne einander nicht leben. Ungezählte Male endete ihre Diskussion mit einer Szene, die jeder Zeuge für einen völligen Bruch gehalten hätte. Semmelweis überschüttete Kolletschka mit einem Hagel von Injurien, die dieser kaltblütig mit einer Semmelweis betreffenden psychiatrischen Diagnose beantwortete. Am folgenden Tage verkehrten sie wieder miteinander, als ob nichts vorgefallen wäre. Kolletschka hatte für Semmelweis eine Art humoristischer Zuneigung; das überquellende Leben in diesem prachtvollen Organismus machte ihm Spaß, und Semmelweis wurde alles zum Genuß, auch die Nichtigkeit eines Disputes und die Glut des Zornes. (Fortf. folgt)

für die Zeit vom 1. Juli ab eine einmalige Entschädigung von 100 Mk. dem männlichen, 80 Mk. dem weiblichen Personal zuge- standen. Der Tarif ist bis zum 31. März 1920 gültig, folgende Löhne werden gezahlt bei freier Station und Dienstkleidung: Wärter im Alter von 18 bis 20 Jahren monatlich 110 Mk., über 20 Jahre im ersten Dienstjahre 135 Mk., im zweiten 170 Mk., im dritten 190 Mk.; Wärterinnen unter 20 Jahren bis zum 18. Lebens- jahre 70 Mk., bis zum 19. Lebensjahre 80 Mk., bis zum 20. Lebens- jahre 90 Mk., Wärterinnen über 20 Jahre im ersten Dienstjahre 100 Mk., im zweiten 115 Mk., im dritten 130 Mk. Männliches Dienstpersonal (keine Dienstkleidung) im ersten Dienstjahre 80 Mk., im zweiten 90 Mk., im dritten 100 Mk. Haus-, Küchen- und Waschknechten: im ersten Dienstjahre 50 Mk., im zweiten 60 Mk., im dritten 70 Mk., im vierten 80 Mk., im fünften 90 Mk. An freier Zeit soll annähernd dieselbe gewährt werden, welche die Be- amten haben, die Dienstzeit soll täglich 9, wöchentlich höchstens 66 Stunden betragen. Die Forderung eines Einheitslohns wurde abgelehnt. Die Verhandlung hat wieder gezeigt, wie wichtig es ist, organisiert zu sein, den Kolleginnen und Kollegen muß daher immer von neuem wieder zugerufen werden: „Halte treu am Verband fest und veranlaß die, die demselben noch fernstehen, beizutreten.“ Es gilt, noch viel zu erreichen und das Erreungene festzuhalten, dazu gehört aber Einigkeit, ist diese vorhanden, kann der Erfolg nicht ausbleiben, das hat der erste Tarifabschluß be- wiesen. Es muß darauf gesehen werden, daß alle Angestellten organisiert sind.

Warteln. In einer gut besuchten Protestversammlung refe- rierte am 16. Dezember Kollege **Vergehl** über: Die geplante Be- seitigung des Achtstundentages im Pflegeberufe. Nach dem befallig aufgenommenen Vortrage und einer regen Diskussion wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen und beschloß, sie dem Ministerium einzusenden. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten der Anstaltsleitung kritisiert. Man habe sich nicht, Leute zu maßregeln, weil sie für die Interessen ihres Berufes tätig sind. Damit kann unserer Redaktionsleitung für das Gesundheitswesen nicht geschadet werden. Das beweisen die fortwährenden Ueber- tritte aus dem christlichen Lager.

Rundschau

Ueber die Ausbildungs- und Prüfungsgelegenheit in den staat- lichen Anstalten Berlins schreibt uns ein Berliner Kollege, daß die Pfleger in den staatlichen Anstalten gegenüber den Kollegen in städtischen Anstalten bedauernd im Nachteil sind. Während die Stadt Berlin allen Krankenpflegerinnen ihrer Anstalten Gelegen- heiten geschaffen hat, die staatliche Prüfung zu erlangen, wissen die Kollegen der staatlichen Anstalten nur von Versprechungen. Wie vor Jahren, so noch heute sind dort die Schulen nur für „Schwächern“, während der freibeieme „Wärter“ noch nicht mit dem- selben Recht vollgültiger Krankenpfleger werden darf. Aber auch in der Gehaltsfrage müssen sich die Kollegen benachteiligt fühlen, da geprüfte Krankenpfleger höher besoldet werden sollen, sie aber keine Gelegenheit zur Prüfung haben. Kein Wunder, wenn hierin ein beabsichtigtes System vermutet wird, das dahin geht, die bisher bevorzugten Personen in ihrem Vorrang zu belassen und um bei niedriger Bezahlung der ungeprüften Krankenpfle- gerinnen zu sparen. Ueber die Möglichkeit der Errichtung der Schul- und Zulassung der „Wärter“ besteht sicher kein Zweifel, denn was der Stadt möglich war, muß besser noch dem Staat ge- lingen können, vorausgesetzt, daß der Wille dafür vorhanden ist. Weiter wird bemerkt, daß eine vorbildliche Krankenpflege- schule in den staatlichen Anstalten Berlins besser einzurichten wäre. Da hier die Spezialabteilungen wissenschaftlich besser eingerichtet sind. Alle Krankenpflegerinnen könnten dort bequemer die Spezial- abteilungen zur praktischen Ausbildung passieren und in Fort- bildungskursen nach freier Wahl nach der Prüfung ihr Wissen und Können ergänzen. Wenn auch jede geprüfte Krankenpfle- gerin in allen Fächern des Berufes firm sein muß, so wäre doch zur spezialistischen Vertiefung eine besondere Fortbildung von- nöten. Wählen die Kollegen der staatlichen Anstalten noch lange auf eine günstige Prüfungsgelegenheit warten, dann würden sie bei einem Uebertritt in städtische Anstalten schuldlos und trotz lang- jähriger Krankenpflegertätigkeit als „ungeprüfte“ schlechter besoldet werden als jüngere geprüfte Kollegen. Unsere Kollegen wollen das Rechte leisten, was besonders im Interesse der leidenden Mit- menschen zu begründen ist.

Der Achtstundentag des Pflegepersonals und der „Vorwärts“. Wir hatten in Nr. 1 der „Sanitätswarte“ festgestellt, daß der „Vor- wärts“ sehr schlecht beraten war, indem er eine ärztliche Zuschrift aus der „Sozialistischen Korrespondenz“ abdruckte, die sich gegen den Achtstundentag des Pflegepersonals wandte. Er hätte aus der Zeitschrift der „Sanitätswarte“ leicht entnehmen können, daß erstens der Achtstundentag in zahlreichen Großstädten seit Jahr und Tag

für das Pflegepersonal besteht und sich durchaus bewährt hat; zwei- tens, daß in gegenwärtiger Zeit Anstaltsverwaltungen, Direktionen und ein Teil Ärzte (trotz des eigenen Sechsstundentages!) neue- dings heftig dagegen Sturm laufen. Da hätte der „Vorwärts“ wohl etwas vorsichtiger, um nicht zu sagen gewissenhafter sein können. Anstatt nun dies wenigstens für die Zukunft zu beher- zigen, bestreitet er unter der Spitzmarke „Eine furchtbare Schluß- folgerung“ die Möglichkeit einer Ausnutzung seiner Notiz von seiten reaktionärer Verwaltungen. Wir werden bei gegebener Zeit darauf zurückkommen. Wenn der Verfasser der „Vorwärts“-Notiz“ am Schluß dann behauptet, daß „der Anwurf Leichtsinnig- keit“ so könnten wir das mit viel größerem Recht von dieser „Vor- wärts“-Notiz sagen, denn erstens steht seine eigene Schlußfolgerung nicht in unserem Artikel, er hat sie also hineingelesen, zum zweiten ist unsere Redaktion der Verfasser, womit wohl hinlänglich festgelegt ist, daß „die Unkenntnis“ nicht auf unserer Seite ist!

Ein Reibhämmer. In der Münchener „Jugend“ lesen wir folgenden Erguß von **J. v. C. Jini**:

Gleichheit — Brüderlichkeit!

Die finnischen Assistenten in Gießen
 Will ihr Beruf allmählich verdrängen,
 Ihr Monatsgehalt beträgt einen Quark:
 Nämlich 66% Mark!
 Und ob so ein Doktor Medizinä
 Auch schon zehn Jahre der Menschheit diene,
 Sein Hungertlohn bleibt immer der gleiche
 Im gegenwärtigen Helfenreiche.
 Dagegen kommen die Wärter und Pfleger
 Und Schlosser und Feizer und Fuher und Jeger
 Bis auf sechsmal soviel in der gleichen Zeit
 Von wegen der größeren Wichtigkeit!
 Und wünschen sie höheren Lohn zu kriegen
 Oder kürzere Arbeit und mehr Vergnügen,
 So streifen sie einfach mit ihren Genossen
 Und flugs wird nach ihren Wünschen beschloffen.
 Während hingegen die Assistenten,
 Wenn sie nun einmal vor Mut entbrennen
 Und sagen: Bezahlt man uns so gemein,
 So stellen wir gleichfalls die Arbeit ein —
 Herrje! Was gab es ob solcher Erbitterung
 Für einen gewaltigen Sturm von Enttäufung.
 Ob solcher Grausamkeit, solcher verdorfter,
 Welche die Kranken läßt ohne Dokter!
 Man sieht hieraus: es preffiert enorm
 Mit einer gehörigen Hochschultreform!
 Es müssen künftig die Konditionen
 Der Heilkunst in unseren deutschen Staaten
 Neben der Histio- und Pathologie
 Und Anatomie und Chirurgie,
 Um die grimmigste Not von sich zu entfernen,
 Auch sonst noch allerlei Nützliches lernen
 Und dürfen sich nicht dagegen streifen,
 Zu putzen, zu seggen und Cefen zu heissen,
 Dann können sie sich, das versprech ich ihnen,
 Im Nebenamt ein paar Groschen verdienen,
 Bei Tage zum Beispiel die Kranken füttern
 Und nachts als Ausbülbeizer fungieren —
 An Stelle der andern — dann kriegen sie schon
 Bis zu dreißig Pfennig Zundentlohn . . .
 Jubhe! Wir leben jetzt in der Zeit
 der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Diese Anrempelung unserer bescheiden Kollegen ist abern
 Wenn die Gießener Ärzte solch niedrige Gehälter beziehen und
 nicht wissen, wie sie die verbessern, so sollten sie lieber bei ihrem
 Leidziger Verband anfragen, als schweißfüchtig die Lokutiven ihrer
 Untergebenen betrachten. Wie war's denn, wenn die angeblich be-
 nachteiligten Assistentenärzte mitamt dem famosen v. C. Jini sich nun
 als Pfleger oder Feizer engagieren ließen?

Filiale Berlin. Angestellte der Privat-Badeanstalten

Am Dienstag, den 20. Januar 1920, abends 6 Uhr, findet im
 „Goldenen Löwen“, Jüdenstr. 55, unsere

Generalversammlung

- statt.
1. Berichtserhaltung durch den Kollegen **Knie** von der Bade- und Pflegekonferenz in Jena.
 2. Neu- resp. Wiederwahl der Funktionäre zu den verschiedenen Ämtern.
- In Anbetracht der frühen Polizeistunde und der wichtigen Tagesordnung machen wir es allen Mitglieðern zur Pflicht, pünkt- lich und vollständig zu erscheinen. Die Sektionsleitung.